

Weichenstellungen für die Zukunft – Die Tücken der multilateralen Nachhaltigkeitsdebatten

Fankhauser, Lilian

2013

<https://doi.org/10.25595/1279>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fankhauser, Lilian: *Weichenstellungen für die Zukunft – Die Tücken der multilateralen Nachhaltigkeitsdebatten*, in: *Genderstudies* (2013) Nr. 22, 9-10. DOI: <https://doi.org/10.25595/1279>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Weichenstellungen für die Zukunft – Die Tücken der multilateralen Nachhaltigkeitsdebatten

Das Jahr 2013 steht im Zeichen der internationalen Debatten rund um eine nachhaltige und gerechte Zukunft. Doch inwiefern eignen sich internationale Ziele wie die "Millennium Development Goals" oder die nun erwarteten "Sustainable Development Goals" überhaupt, um Geschlechtergerechtigkeit zu fördern?

| Lilian Fankhauser*

"Verschlafen und furchtbar müde morgens 10 Minuten unter der siedend heißen Dusche stehen und so die Bettwärme simulieren. Darauf kann und will ich nicht verzichten."

Kindersterblichkeit verringern, Umweltschutz verbessern, Geschlechtergleichheit fördern, Armut und Hunger halbieren und vieles mehr: Die acht "Millennium Development Goals" MDGs (s. Kasten S. 8), die im Jahr 2015 umgesetzt sein sollten, sind schon an sich sehr vielfältig. Nun hat die UN-Staatengemeinschaft entschieden, diesen die Ziele der Agenda 21 (s. Kasten) einzuverleiben. Verabschiedet worden ist die Agenda 21 an der Nachhaltigkeitskonferenz in Rio de Janeiro 1992 – wobei hier nicht primär Entwicklung und Bekämpfung der Armut im Zentrum standen, sondern die ökologische Nachhaltigkeit. Doch lassen sich diese beiden Prozesse überhaupt verbinden und welche Herausforderungen sind damit aus einer Geschlechterperspektive verbunden?

"Ein neues Konzept von Entwicklungszielen"

Allerdings sind die drei Grundprinzipien Menschenrechte, Gleichheit und Nachhaltigkeit hier auf das Grundprinzip Nachhaltigkeit reduziert. Das ist kein Zufall: Diese Prozesse sind bis anhin aus zwei sehr verschiedenen Blickwinkeln heraus geführt und gedacht worden und es stehen ganz unterschiedliche Logiken und AkteurInnen dahinter: Auf der einen Seite Umwelt-, auf der anderen Seite Entwicklungsorganisationen, wie sich am Beispiel der Schweiz zeigen lässt. Die Nachhaltigkeitsziele waren bis anhin dem Bundsamt für Umwelt angegliedert, technische Entwicklungen im Energiebereich und ökologische Anliegen standen hier im Fokus. Die Entwicklungsziele MDGs

hingegen waren und sind in den Händen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, im Fokus steht die Reduktion der Armut in den Ländern des Südens. Seit Sommer 2012 laufen nun diese beiden politisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlichen Prozesse bei der DEZA zusammen.

Zwei entgegengesetzte Denksysteme

Ein UN-Task-Team hat im Sommer 2012 mit dem Bericht "Realizing the Future we want for all" für die Phase nach 2015 ein neues Konzept von Entwicklungszielen vorgelegt. Dieses basiert auf den drei Grundprinzipien Menschenrechte, Gleichheit und Nachhaltigkeit sowie auf vier Dimensionen: ökonomische (1) und soziale Entwicklung (2), ökologische Nachhaltigkeit (3) sowie Frieden und Sicherheit (4). Diese Grundprinzipien und Dimensionen werden als zwingende Basis der Vision eines "transformativen Wandels für eine inklusive, menschenorientierte nachhaltige Entwicklung" definiert.

Das Abschlussdokument des Erdgipfels in Rio de Janeiro 2012 (Rio+20) sieht dieselben Dimensionen vor, die – so das längerfristige Ziel – den "Sustainable Development Goals" (SDGs) zugrunde liegen sollen.

Marketing für die Entwicklungspolitik

Andrea Ries ist in der DEZA zuständig für die Zusammenführung dieser beiden Prozesse. Sie begrüsst die Entwicklung auf internationaler Ebene, da dadurch eine neue Dynamik und Öffentlichkeit entstanden sei, die in den letzten Jahren etwas gefehlt habe: Es sei gewissermassen ein "politisches Marketing" für die Entwicklungszusammenarbeit auszumachen. Diese Dynamik muss die internationale Gemeinschaft nun allerdings gut nutzen und insbesondere dafür sorgen, dass Menschenrechts- und Ungleichheitsfragen nicht komplett verwässert werden, meint die Expertin. Dies gilt auch für Geschlechterfragen: Zwar sind

die neu konzipierten Sustainable Development Goals aus der Geschlechterperspektive grundsätzlich vielversprechend. Allerdings besteht die Gefahr, so die UNO-Organisation für Frauenrechte UNIFEM, dass Geschlechterungleichheit lediglich "mitgedacht" wird, ohne konkrete Zielsetzungen. Es sei deshalb zwingend, fassbare Gender-Goals zu definieren, und zwar in allen vier Dimensionen und nicht, wie jetzt angedacht, nur bei den sozialen Fragen.¹ Auch die DEZA setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, dass Geschlechterfragen in allen Dimensionen reflektiert werden, so Andrea Ries. Die Gefahr sei tatsächlich gross, dass Ungleichheitsfragen lediglich zu den umweltbezogenen Themen addiert werden – sehr zu Ungunsten der Armutsbekämpfung und Menschenrechtsfragen.

Zivilgesellschaftliche Partizipation

Die Zusammenführung dieser beiden Prozesse - nachhaltige Entwicklung und ökologische Nachhaltigkeit - ist, gerade aus der Sicht der Entwicklungszusammenarbeit, ein riskantes Unterfangen, denn die Gefahr ist gross, dass dadurch die Entwicklungsziele zur Bekämpfung der Armut verwässert oder gar zugunsten ökologischer Anliegen von der Agenda gestrichen werden. Es ist aber auch ein sehr spannendes Vorhaben, denn nun bietet sich die Chance, die bisher auf Umwelt- und Klimafragen begrenzte Debatte rund um die Rio-Konferenzen um soziale und ökonomische Anliegen zu erweitern und insbesondere Fragen der sozialen Gerechtigkeit, zu denen auch die Geschlechtergerechtigkeit zählt, von Beginn weg in die Debatte und die Agenda einzubringen. Von zentraler Bedeutung ist zum momentanen Zeitpunkt der Einbezug der unterschiedlichen AkteurInnen in die Debatten und Verhandlungen – die DEZA hat diesbezüglich bereits einen grossen Schritt gemacht, indem sie ein partizipatives Verfahren zum Einbezug der Zivilgesellschaft (NGOs, Wissenschaft und Privatsektor) eingeleitet hat. Doch auch die Hilfsorganisationen schlafen nicht: Gegenwärtig diskutiert insbesondere eine Arbeitsgruppe von WIDE Switzerland über die Gründung

einer Plattform von Schweizer NGOs und Umweltorganisationen zur Erarbeitung gemeinsamer zivilgesellschaftlicher Positionen, ausdrücklich auch aus einer Geschlechterperspektive. Die Vernetzung der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ist ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Zukunft, betont Andrea Ries. Doch diese Vernetzung

"Geschlechterungleichheit wird lediglich 'mitgedacht'"

ist jetzt vor allem auf internationaler Ebene nötig, denn im Jahr 2013 werden (hoffentlich) die Weichen für eine nachhaltige, gerechte Entwicklungspolitik gestellt. Im Zentrum steht dabei die Frage, auf welche Instrumente und auf welche Indikatoren die internationale Gemeinschaft setzt. Um in dieser Phase die Geschlechterperspektive theoretisch und praktisch einzubringen, sind zum einen kritische Reflexionen der bisherigen Prozesse und Dokumente nötig, zum anderen partizipative Verfahren auf nationaler und internationaler Ebene. Die Schweiz hat dahingehend bereits einen wichtigen Schritt getan.

¹UNIFEM: Gender equality and women's empowerment – a critical priority in sustainable development goals, October 2012, S. 2.

LITERATUR

UN-System Task Team: „Realizing the Future we want for all“, New York 2012.
Vereinte Nationen: Bericht 2012 zu den Millenniums-Entwicklungszielen, www.un.org.
Links und Literaturhinweise zu den SDGs und zur Schweizer Plattform Occupy Future in der elektronischen Dokumentation von Alliance Sud, www.alliancesud.ch.

*Lilian Fankhauser ist Germanistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IZFG. Sie ist verantwortlich für den Bereich Gender und Development.

"Ohne Land kein Brot"

Die ökumenische Kampagne 2013 von Fastenopfer und Brot für alle wendet sich gegen Landraub und setzt sich für das Recht auf Nahrung der lokalen Bevölkerungen ein. Weltweit wird Land zunehmend als Investitionsobjekt betrachtet. Ackerland soll nicht die Kassen der Investoren, sondern die Bäuche der Menschen füllen – kurz gesagt: "Ohne Land kein Brot".

Link: www.oekumenischekampagne.ch

"Auf ganz alltäglichen Luxus wie Kaffee und Orangensaft könnte ich fast nicht verzichten und es ärgert mich, wie selbstverständlich all dies zu meinem Leben dazugehört."